

Der Bundesrat will mehr Mitsprache im Luftverkehr

Wirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs klar

anerkannt – Bund will mehr Einfluss – Positive Reaktionen

Bern/Basel (AP) Der Bund will bei den Flughäfen und der Sicherheit mehr Einfluss nehmen. Die Trägerschaft der Flughäfen und das Angebot der Flugverbindungen sei aber nicht Bundessache, heisst es im revidierten Luftfahrtsbericht des Bundesrates. Anders als im vergangenen Sommer stiess der Bericht nun auf Zustimmung.

Die optimale Anbindung der Schweiz an die internationalen Zentren sei das Leitprinzip des neuen Luftfahrtsberichts, sagte Verkehrsminister Moritz Leuenberger am Montag vor den Medien. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Luftfahrt sei herausragend, und es sei deshalb Aufgabe des Bundes, die Wettbewerbsfähigkeit in dieser Branche auch künftig mit guten Rahmenbedingungen zu fördern.

Mehr Einfluss will der Bund im Bereich der Sicherheit und im Umfeld der Landesflughäfen. Hier sollen die bestehenden Planungskompetenzen voll ausgeschöpft und mögliche Nutzungseinschränkungen in den durch Fluglärm belasteten Gebieten geprüft werden. Daneben sei auch zu klären, ob der Bund «im nationalen Interesse» auf die Betriebsreglemente der Flughäfen Einfluss nehmen könne. Eine direkte Trägerschaft durch den Bund schloss Leuenberger jedoch aus.

In betrieblicher Hinsicht soll das Prinzip «Safety First» gelten. Die Liberalisierung habe dazu geführt, dass die Unternehmen nicht mehr in jedem Fall einen hohen Sicherheitsstandard garantierten, sagte Leuenberger. Mehr staatli-

cher Einfluss sei daher auch hier erforderlich. Es sei Aufgabe des Staates, in Sicherheitsfragen vermehrt einzugreifen und für ein im europäischen Vergleich hohes Niveau zu sorgen.

Den Betrieb eines Drehkreuzes auf dem Flughafen Zürich-Kloten erachtet der Bundesrat gemäss dem Bericht als effizientes Mittel, um die Anbindung der Schweiz an das Ausland zu optimieren. Es sei jedoch nicht Sache des Bundes, einen solchen Hub zu verordnen, sagte Leuenberger.

Abgelehnt wurde vom Bundesrat die Idee, den heutigen Lärmfonds der Flughäfen in eine eigenständige juristische Einheit auszugliedern. Er will aber prüfen, inwieweit der jährliche Ertrag aus der Kerosinsteuer von 60 Millionen Franken künftig für Massnahmen in den Bereichen Umweltschutz und Sicherheit eingesetzt werden könnte.

Anders als der Entwurf im Sommer stiess der Bericht nun mehrheitlich auf ein positives Echo. Bundesrat Leuenberger gebühre «grosse Anerkennung für die Erarbeitung dieses richtungsweisenden Berichts», sagte Swiss-Chef Christoph Franz laut einer Mitteilung. Die Swiss, der Wirtschaftsdachverband economiesuisse und der Luftfahrts-Dachverband Aerosuisse zeigten sich allesamt erleichtert darüber, dass der Bund die volkswirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs nun klar anerkenne. Auch der höhere Stellenwert, den der Bund den internationalen Direktverbindungen, der Swiss und dem Drehkreuz Zürich einräumt, wurde einhellig begrüsst.

